

Mehr Information und Transparenz für Ausbildungsinteressierte

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk
Thema: Jugend

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

Die Jusos Köln fordern die Stadt Köln dazu auf stärker über die Ausbildungsmöglichkeiten in Köln aufzuklären. Bestehende Förderangebote müssen auch durch die Stadt – nicht nur durch das Jobcenter – bekannter gemacht werden.

Unsere Forderungen:

Auf der Homepage der Stadt Köln muss die Ausbildung gleichwertig zum Studium behandelt werden. Unter dem Reiter „Leben in Köln“ ist daher eine Rubrik zur „Ausbildung in Köln“ einzurichten.

Besonderes Augenmerk muss bei der neuen Rubrik auf die besonderen Bedürfnisse von Jugendlichen mit Behinderung, Geflüchteten, jungen Familien, Alleinerziehenden und ausländischen Ausbildungsinteressierten gelegt werden, da für diese der Zugang zum Ausbildungsmarkt erschwert ist. Hierzu ist auf konkrete Angebote wie z.B. Einstiegsqualifizierung, Werkstattjahr, Teilzeitausbildung und Sprachförderung hinzuweisen bzw. zu verlinken.

Inhaltlich soll zudem auf folgende Themenbereiche eingegangen werden:

- Ausbildung in Köln beginnen (z.B. über eine Verlinkung zur Homepage des Jobcenters oder der Bundesagentur für Arbeit),
- Leben in Köln (z.B. Nebenwohnsitz anmelden, Zweitwohnungssteuer, Wohnberechtigungsschein, Jugendwohnen, vergünstigte Eintrittspreise und Mobilitätsangebote, Arbeitnehmervertretung bzw. Jugend- und

Auszubildendenvertretung),

- Unterstützungsangebote (z.B. für Ausbildungsinteressierte mit Behinderung, für Geflüchtete, für Ausbildungsinteressierte mit Kind, Informationen für ausländische Ausbildungsinteressierte).

Unter der Rubrik „Arbeitsmarktförderung“ im Reiter „Wirtschaft“ der städtischen Homepage soll die Stadt auf Angebote zur Ausbildungsförderung für Betriebe verlinken. Hierzu kann sie sich z.B. am Vorbild der Stadt Offenbach orientiert werden: https://www.offenbach.de/medien/bindata/of/dir-4/RIA_Uebersicht_zu_Foerdermoeglichkeiten_fuer_Betriebe.pdf

Begründung

Verschiedene Akteur*innen in Köln kümmern sich mit viel Engagement um die derzeit ca. 18.900 Auszubildenden. Dennoch sind viele Ausbildungsplätze noch frei, ca. 190 Jugendliche haben aktuell nach Beendigung der Schulzeit keinen Anschluss an die Berufswelt gefunden. Besonders betroffen sind Jugendliche ohne oder mit nur geringem Schulabschluss, darunter viele Schüler*innen mit Migrationshintergrund. Herkunft, aber auch z.B. eine Behinderung, dürfen jedoch kein Kriterium für die jeweiligen Ausbildungschancen sein, denn diese sind die Basis für ein selbstbestimmtes und ökonomisch unabhängiges Leben.

In Gesprächen der Jusos Köln mit der Industrie- und Handwerkskammer, der Arbeitsagentur und ver.di wurde unter anderem deutlich, dass Ausbildungsinteressierte besser informiert werden müssen und die Ausbildung wieder als gleichwertiges Bildungsangebot neben dem Studium gelten muss. Dafür müssen alle Informationskanäle genutzt und weitere geschaffen werden: Schulische Angebote sind weiter zu verbessern und insbesondere Jugendlichen mit Flucht- oder Migrationshintergrund, Jugendlichen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung, jugendlichen (Allein-)Erziehenden, aber auch Jugendlichen ohne Schulabschluss müssen Informationen gebündelter als bislang zur Verfügung gestellt werden. Auf der Homepage der Stadt Köln findet sich eine ganze Rubrik zum Studium. Zur Ausbildung wird dort jedoch kein Wort verloren. Hierbei sehen wir Nachbesserungsbedarf.

Von diesem Antrag unberührt bleibt unsere Forderung, dass insbesondere die fachlich gute und tiefgehende Berufsorientierung während der Schulzeit weiter verbessert werden muss. Deutlicher in den Vordergrund sollten ökonomische Perspektiven gestellt werden, denn meist ermöglicht eine Ausbildung im Gegensatz zu einem Studium eine frühere finanzielle Unabhängigkeit. Außerdem muss stärker auf Bedeutung und Möglichkeit der eigenen Interessenvertretung eingegangen werden und praxisnah und transparent über Ausbildungs- und Rahmenbedingungen sowie Beschwerde- und Schlichtungsstellen informiert werden.